

cher Therapien kommen, und geprellt ist schliesslich die Öffentlichkeit, die es hinnehmen muss, wenn Steuergelder in aussichtslosen Projekten verschleudert werden.

Eine gründliche Ueberprüfung der herrschenden Praxis ist daher unaufschiebbar geworden. Der Fall «Affenversuche am Hirnforschungsinstitut» in Zürich ist bestimmt nicht der einzige seiner Art. Es muss deshalb eine Kommission eingesetzt werden, der auch genügend unabhängige Fachleute, wie praktizierende Aerzte, angehören. Der Graben zwischen Klinik und Forschung – der für den Wissenschaftsbetrieb heute charakteristisch ist – muss endlich überbrückt werden.

Ein Blick auf die Verwendung von Nationalfondsmitteln in den vergangenen Jahren zeigt, welch krasse Missverhältnisse bei der Medizinforschung heute anzutreffen sind.

In den Jahren 1987 bis 1989 investierte der Nationalfonds rund 16 Millionen Franken jährlich in die medizinische Grundlagenforschung und in die experimentelle Medizin (davon ein Grossteil in Tierversuche).

Für die klinische Medizin wurden in diesen Jahren durchschnittlich 20 Millionen Franken ausgegeben, davon sind 44 Prozent Tierversuche.

Demgegenüber stehen jährlich durchschnittlich 4 Millionen Franken für die Sozial- und Präventivmedizin.

Der Affenversuch am Hirnforschungsinstitut allein kostet jährlich rund 115 000 Franken; aufgerechnet auf die 20 Jahre experimenteller Tätigkeit sind das über 2 Millionen Franken nur für dieses einzige unnütze Projekt.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 13. Mai 1992

Rapport écrit du Conseil fédéral du 13 mai 1992

Der beanstandete Tierversuch ist Bestandteil eines Projektes der Grundlagenforschung. Diese hat nicht einen unmittelbaren Anwendungszweck, sondern sucht nach grundlegenden Erkenntnissen über Lebensvorgänge bei Mensch und Tier, hier im Fachgebiet der Neurophysiologie. Die medizinische Grundlagenforschung kann jedoch die Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Therapien schaffen. Die motorische Steuerung der Hand, um deren Erforschung es beim vorliegenden Versuch mit Affen geht, ist eine der höchstenwickelten Leistungen des Menschen. Vertiefte Kenntnisse darüber können nur durch Beobachtungen am lebenden, aktiven Organismus erzielt werden. Das angesprochene Projekt darf nicht isoliert von andern Projekten der Neurophysiologie und Hirnforschung betrachtet werden. Es stellt eine Ergänzung zu vielen ohne Tierversuche auskommenden Forschungsvorhaben dar, z. B. an Hirnzellkulturen. Langfristig können die Versuche dazu beitragen, nach Hirnverletzungen zuverlässigere Diagnosen zu stellen und Rehabilitationsprogramme zu entwickeln.

Der Nationalfonds hat solche Projekte aus der Grundlagenforschung nicht nach ihrem unmittelbaren Nutzen für Patienten zu beurteilen, sondern danach, ob sie einen relevanten Erkenntnisgewinn versprechen. Diese Frage ist vom Forschungsrat und von beigezogenen externen Experten eindeutig bejaht worden. Die Versuche sind in tierschützerischer Hinsicht von der kantonalen Tierversuchskommission geprüft sowie von der kantonalen Bewilligungsbehörde für Tierversuche bewilligt worden. Diese Bewilligung war die Voraussetzung dafür, dass der Kredit des Nationalfonds bewilligt wurde. Die lange Dauer der Forschungsarbeit ergibt sich daraus, dass jeweils nur mit einigen wenigen Tieren gearbeitet wird, die Tiere gründlich auf die Versuche vorbereitet und über lange Zeit im Versuch eingesetzt werden. Die Versuche sind insgesamt wenig belastend. Die Tiere werden in Gruppen gehalten und haben sowohl in der Angewöhnungszeit wie auch während der Versuchsperioden täglich Auslauf in einem Gehege.

Der Bundesrat sieht keinen Anlass, diese Tierversuche zu verbieten, Massnahmen beim Nationalfonds gegen die Finanzierung der Forschungsarbeiten einzuleiten und den kantonalen Bewilligungsbehörden spezielle Anweisungen zur Beurteilung von Gesuchen für Tierversuche zu geben. Die Prüfung der Tierversuche auf Unerlässlichkeit ist gemäss der Tierschutzgesetzgebung eine dauernde Aufgabe der Kantone.

Mit den gesetzlichen Vorschriften, der Prüfung durch die kantonale Behörde, der Beurteilung aller Versuche durch die kantonale Tierversuchskommission, dem Beschwerderecht des Bundesamtes für Veterinärwesen gegen Tierversuchsbewilligungen und im vorliegenden Fall der Beurteilung der Forschungsarbeiten durch den Nationalfonds bestehen ausreichende Instrumente zur sachgerechten Beurteilung von Tierversuchen. Der Bundesrat erachtet es nicht als angezeigt, eine weitere Kommission einzusetzen.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt und beantragt Diskussion.

Für den Antrag auf Diskussion	61 Stimmen
Dagegen	58 Stimmen

Verschoben – Renvoyé

91.3391

Interpellation Rebeaud

Kernkraftwerk-Projekt der ABB in der Tschechoslowakei

Projet de centrale nucléaire d'ABB en Tchécoslovaquie

Wortlaut der Interpellation vom 3. Dezember 1991

Nach Angaben des tschechoslowakischen Industrieministeriums soll die Firma ABB der Tschechoslowakei ein Angebot für ein schlüsselfertiges Kernkraftwerk mit einer Leistung von 1280 MW gemacht haben. Der Voranschlag der ABB soll Investitionskosten von 1,293 Milliarden Dollar vorsehen. Dieser Preis ist ausserordentlich tief. In der Tat kostete das letzte von der ABB in der Schweiz erbaute Kernkraftwerk, dasjenige von Leibstadt, rund 4,8 Milliarden Schweizerfranken, d. h. zirka 3,2 Milliarden Dollar, also mehr als das Doppelte des für das tschechoslowakische Werk angekündigten Preises.

Diese Offerte ist besorgniserregend. Möglicherweise ist das in der Tschechoslowakei herrschende Baukostenniveau für diesen Preisunterschied verantwortlich. Man kann sich allerdings auch vorstellen, dass sich, ähnlich wie Leibstadt, das tschechoslowakische Kernkraftwerk im Lauf der Arbeiten beträchtlich verteuern wird. Es ist zu befürchten, dass sich die ABB vorbehält, in der Tschechoslowakei Sicherheitsnormen anzuwenden, die im Vergleich zu den in der Schweiz geltenden Normen tiefer angesetzt sind, und die Analge nach veralteten, überholten Normen errichten will. Man kann auch nicht ausschliessen, dass die ABB damit auf dem tschechoslowakischen Markt Dumping betreibt. Sollte auch nur eine dieser Hypothesen stimmen, so läuft die schweizerische Industrie Gefahr, in den Ländern Osteuropas ihre Glaubwürdigkeit in schwerwiegendem Ausmass einzubüssen. Daher bitten wir den Bundesrat um die folgenden Auskünfte:

1. Gedenkt er im Rahmen der Internationalen Atomenergie-Organisation aktiv zu werden, um den Wettbewerb unter den verschiedenen westlichen Firmen zu überwachen, Dumping zu verhindern und die strengsten westlichen Sicherheitsnormen durchzusetzen?
2. Wie erklärt er es sich, dass die ABB der Tschechoslowakei ein Kernkraftwerk zu einem Preis anbieten kann, der den Preis, der zuletzt für die Schweiz Geltung hatte, so deutlich unterbietet?
3. Wurde um die Exportrisikogarantie für dieses Projekt nachgesucht?
4. Ist der Bundesrat für den Fall, dass die Exportrisikogarantie gewährt würde, bereit, seine Unterstützung davon abhängig zu machen, dass Sicherheitsnormen eingehalten werden, wie sie in der Schweiz gelten?

5. Ist er nicht der Meinung, dass die Schweiz ihre Hilfe ans Ausland im Bereich Energiepolitik auf das Energiesparen und die Entwicklung erneuerbarer Energien konzentrieren und darauf verzichten sollte, die Kernenergie zu fördern?

Texte de l'interpellation du 3 décembre 1991

Selon des données émanant du Ministère tchécoslovaque de l'industrie, la firme ABB aurait fait à la Tchécoslovaquie une offre pour la remise clé en main d'une centrale nucléaire de 1280 MW de puissance installée. Le devis d'ABB indiquerait des coûts d'investissement de 1,293 milliards de dollars US. Ce prix semble extraordinairement bas. En effet, la dernière centrale nucléaire ABB construite en Suisse, celle de Leibstadt, a coûté quelque 4,8 milliards de francs suisses, soit environ 3,2 milliards de dollars US, c'est-à-dire plus du double du prix annoncé à la Tchécoslovaquie.

Cette offre est préoccupante. Il se peut que les coûts de construction en Tchécoslovaquie expliquent une telle disproportion. Mais on peut imaginer aussi que la centrale tchécoslovaque subira des hausses de prix considérables, à l'image de celle de Leibstadt, au fur et à mesure de l'avancement des travaux. On peut craindre qu'ABB se réserve d'observer en Tchécoslovaquie des normes de sécurité inférieures à celles qui sont de rigueur en Suisse, en montant une usine construite selon des normes anciennes et dépassées. On pourrait également craindre qu'ABB se livre sur le marché Tchécoslovaque à une opération de dumping. Que l'une seule de ces hypothèses soit juste, et la crédibilité de l'industrie suisse dans les pays de l'Est risque d'être gravement ternie. Dès lors, le Conseil fédéral est prié de dire:

1. s'il est disposé à agir dans le cadre de l'Agence internationale pour l'énergie atomique afin que la concurrence entre les diverses firmes occidentales puisse être surveillée pour éviter le dumping, et qu'elle soit soumise aux normes de sécurité les plus avancées des pays occidentaux;
2. comment il s'explique qu'ABB puisse offrir à la Tchécoslovaquie une centrale nucléaire pour un prix si nettement inférieur au dernier prix pratiqué pour la Suisse;
3. si la Garantie pour les risques à l'exportation (GRE) a été sollicitée pour soutenir un tel projet;
4. au cas où la GRE serait concernée, s'il est prêt à conditionner son soutien au respect de normes de sécurité semblables à celles qui sont en vigueur en Suisse,
5. s'il n'estime pas que la Suisse devrait concentrer son aide à l'étranger, en matière de politique énergétique, dans le domaine des économies d'énergie et du développement des énergies renouvelables, et renoncer à encourager le développement de l'énergie nucléaire.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Baumann, Bühlmann, Caccia, Carobbio, de Dardel, David, Diener, Gardiol, Hafner Rudolf, Jeanprêtre, Meier Hans, Pini, Robert, Ruffy, Spielmann, Strahm Rudolf, Thür, Tschopp, Ziegler Jean, Zisyadis (21)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

L'auteur renonce au développement et demande une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 13. Mai 1992

Rapport écrit du Conseil fédéral

du 13 mai 1992

Les dangers que présentent les centrales nucléaires construites d'après la technologie soviétique constituent un sujet reconnu prioritaire dans la coopération entre les pays de l'OCDE et les Etats d'Europe centrale et d'Europe de l'Est (y compris les pays de la CEI).

Les premiers résultats des discussions intervenues dans le cadre du G-24, de la Charte européenne de l'énergie, de l'Agence internationale de l'énergie atomique et de la Banque européenne pour la reconstruction et le développement (BERD) montrent que la fermeture pure et simple de centrales nucléaires engendrerait une inacceptable pénurie d'énergie dans la plupart des pays concernés. Il faut donc envisager une

série de mesures complémentaires: remplacement des centrales nucléaires actuelles par des complexes combinés modernes à gaz avec récupération de chaleur) fonctionnant au moyen de combustible fossile, arrêt de réacteurs et remplacement de ceux-ci par des centrales thermiques en utilisant les turbines et générateurs existants, remplacement de centrales nucléaires anciennes par des centrales nucléaires construites selon les techniques occidentales de notre temps, modernisation des systèmes de contrôle et de sécurité de centrales qui s'y prêtent. Parallèlement, il faut augmenter l'efficacité de l'engagement d'énergie, réduire les émissions polluantes des centrales thermiques conventionnelles et promouvoir les énergies propres (l'énergie hydraulique, entre autres). Compte tenu de la situation, voici nos réponses aux différentes questions:

1. Au sein de l'Agence internationale de l'énergie et des instances multilatérales qui s'occupent de l'orientation future de la politique énergétique en Europe de l'Est et des questions de financement, décisives en ce domaine, la Suisse travaille à promouvoir un assainissement rapide du domaine de l'énergie nucléaire, dont l'état est particulièrement critique. A cette fin, il importe que les centrales nucléaires dont l'exploitation doit être maintenue soient rapprochées le plus près possible des normes de sécurité occidentales et que les nouvelles centrales soient construites en tenant compte des connaissances les plus récentes en matière de sécurité. Il n'y a pas lieu de redouter que les fournisseurs occidentaux pratiquent le dumping au détriment de la sécurité pour les raisons que voici: les pays occidentaux insistent sur le respect de standards internationalement reconnus; les pays d'Europe de l'Est, à la suite des expériences qu'ils ont faites, exigent une technologie et des standards conformes à des standards internationaux et les entreprises qui fournissent la technologie ne peuvent se permettre des demi-mesures en la matière.
2. La Tchécoslovaquie a lancé un appel d'offres pour une centrale atomique moderne correspondant aux normes occidentales; à cette occasion, elle s'est également tournée vers ABB. L'offre a été soumise par ABB-USA. Les prix mentionnés dans l'interpellation ne sont pas exacts, selon ABB, et les comparaisons entre Leibstadt et le projet tchécoslovaque, dont les données diffèrent, tant du point de vue de la configuration que de l'ampleur de la livraison, ne sont guère possibles.
3. Jusqu'ici, la GRE n'a pas reçu de demande de garantie pour des livraisons suisses liées à ce projet.
4. Au cas où la garantie contre les risques à l'exportation serait demandée, la Commission de la GRE ferait dépendre sa décision du respect des directives de l'Agence internationale de l'énergie atomique sur la sécurité des centrales nucléaires.
5. La réhabilitation du domaine énergétique en Europe centrale et orientale et dans les pays de la CEI exige une coopération à l'échelle mondiale dans tous les domaines. La Suisse ne saurait se dérober à cet effort de solidarité. Elle attache par ailleurs une très grande importance aux efforts visant à améliorer l'efficacité de l'engagement d'énergie et, dans le cadre de la coopération internationale, défend cette position avec vigueur.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt und beantragt Diskussion.

Für den Antrag auf Diskussion
Dagegen

55 Stimmen
54 Stimmen

Verschoben – Renvoyé

Interpellation Rebeaud Kernkraftwerk-Projekt der ABB in der Tschechoslowakei

Interpellation Rebeaud Projet de centrale nucléaire d'ABB en Tchécoslovaquie

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.3391
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.06.1992 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1253-1254
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 337

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.